

## Staatliche Schulen weiterentwickeln

Die einzelne Bildungseinrichtung vor Ort weiß gemeinsam mit den Schülern und Eltern am besten, wie Schüler optimal persönlich gefördert werden. Der Weg für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität führt daher über mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit für die Schulen vor Ort. Die Qualität unseres Bildungswesens ist ein entscheidender Punkt für unser Land. Diese wollen wir weiterhin sichern und verbessern.

Wir werden:

- die Eigenständigkeit der Schulen durch ein vom Land zugewiesenes Budget ebenso stärken wie durch die Personalauswahl durch die Schulen selbst mit dem Ziel der Übertragung der Personalhoheit
- der Schule das Recht zur Schulleiterwahl geben.
- in dieses zugewiesene Budget die Ressourcen nicht nur für die Gewährleistung des regulären Unterrichts und zusätzlicher Angebote, sondern auch für die Gewinnung von Vertretungslehrern einbeziehen, damit die Schulen im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch handeln können.
- allen Schularten die Möglichkeit einer bereits im November des Vorjahres erfolgenden Einstellungszusage für angehende Lehrkräfte eröffnen und den Anteil der schulbezogenen Stellenausschreibungen an allen Schularten signifikant erhöhen.
  - den Schulen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung auch die Möglichkeit eröffnen, Zulagen insbesondere zum Anwerben von Lehrern in Gebieten zu gewähren, die von den Lehramtsbewerbern weniger stark nachgefragt werden.
  - Stärkere Autonomie der einzelnen Schule, auch durch erleichterte Anwerbung von Drittmitteln mit Zustimmung der Schulkonferenz, gewährleisten.
- mehr Beförderungsmöglichkeiten für alle Schularten schaffen, um den Schulen Instrumente des Leistungsanreizes für ihre Lehrkräfte an die Hand zu geben. Insgesamt strebt die FDP an, bei Neueinstellungen von Lehrkräften auf eine Verbeamtung zu verzichten, von einem baden-württembergischen Alleingang ist jedoch abzusehen, da dies eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition auf dem Lehrkräftemarkt bedeuten würde.

- den Beförderungsstau bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften weiter abbauen.
- dafür Sorge tragen, dass an den Akademien für Lehrerfortbildung und den Pädagogischen Hochschulen weiterhin ausreichend Qualifizierungsmöglichkeiten für an einer Tätigkeit in der Schulleitung interessierte Lehrkräfte angeboten werden und dass darüber hinaus die Schulen durch Gutscheine für Lehrerfortbildung die Möglichkeit erhalten, Weiterbildungsangebote auch auf dem freien Markt wahrzunehmen.
- die Möglichkeit eines Quereinstiegs in den Lehrerberuf über die dringend benötigten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) hinaus auch auf andere Fachbereiche im Falle einer vergleichbaren Qualifikation ausweiten und hierfür Wege der pädagogisch-schulpraktischen Nachqualifizierung eröffnen.
- die Elternarbeit fördern, hierbei auch gezielte Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund schaffen.
  - die Mitverantwortung der Eltern in schulischen Belangen stärken und der demokratisch gewählten Schülermitverwaltung weitergehende Mitentscheidungsmöglichkeiten in einer paritätisch besetzten Schulkonferenz gewähren, um Schüler schon früh mit demokratischen Prozessen vertraut zu machen.
  - jegliche Ortsbeschränkung bei der Wahl der Schule durch Eltern, insbesondere die Schulbezirke, abschaffen.
- Schulversuche sowie regionale Initiativen zu verstärkter Kooperation und Verbänden verschiedener Schularten fördern und erreichen, dass erfolgreiche Konzepte aus Schulversuchen weitergeführt und auch von anderen Schulen übernommen werden können.
- die Bildungsregionen fördern und weiter ausbauen, um den im Bildungsbereich Verantwortlichen mehr Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Schulentwicklung vor Ort und in der Region zu geben, sowie die Schulverwaltung zunehmend zu einer Einrichtung umgestalten, die sich in erster Linie als Dienstleister für das Schulwesen versteht, die Schulen auf ihrem Weg zu mehr Eigenständigkeit begleitet und Qualitätsentwicklung wie Qualitätsüberprüfung anleitet.
- die Ganztagesbetreuung weiter ausbauen, somit allen Schulen die Möglichkeit geben, Ganztageschulen zu werden, wenn die Verantwortlichen vor Ort dies wünschen, und sie die Form der Ganztagesbetreuung
  - offen, teilgebunden, gebunden – selbst bestimmen zu lassen. Um den Kindern und Jugendlichen auch bei Ganztagesunterricht außerschulische Bildung zu ermöglichen, wird bei der Gestaltung der Ganztagesangebote am Nachmittag auch die Kooperation mit Vereinen und Organisationen (zum Beispiel im Bereich Musik und Sport) unterstützt.

- die Berufsorientierung und Berufsberatung an den allgemein bildenden Schulen verstärken und die Zusammenarbeit der Schulen mit der Wirtschaft fördern.
- die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit, die Beratungslehrertätigkeit sowie Projekte zur Gewaltprävention und zum verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien fördern.
- die Fächerverbände evaluieren, nicht zusammengehörige Fächerverbände auflösen und die derzeitige Leistungsbeurteilung in den Fächerverbänden auf den Prüfstand stellen.
  - ermöglichen, dass Ethik an den allgemeinbildenden Schulen bereits ab Klasse fünf angeboten wird.
- den Eltern eines Kindes mit besonderem Förderbedarf die Möglichkeit eröffnen, eine sachkundige Person ihres Vertrauens als Beistand in die Bildungswegekonzferenz mitzubringen, in der schulische Möglichkeiten für ihr Kind erörtert werden.
- Schulen mit Initiativen zu gemeinsamem Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen fördern und mit sonderpädagogischem Personal und Know-how ausstatten.
- in jedem Schulamtsbezirk Angebote zu gemeinsamem Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen schaffen und die Sonderschulen zu sonderpädagogischen Kompetenz-, Bildungs- und Beratungszentren ausbauen.
  - im Hinblick auf Inklusion im Schulbereich bei der allgemeinen Lehrerbildung verstärkt sonderpädagogische Inhalte integrieren.
  - in der Lehrerausbildung einen stärkeren Schwerpunkt auf den Erwerb und die Vermittlung von interkultureller und medienpädagogischer Kompetenz legen.
- anhand der hier und an den Modellschulstandorten gewonnenen Erfahrungen ein System der Finanzierung und Ressourcenverteilung gemäß dem Prinzip „Ressource folgt Schüler“ entwickeln.
- im Sinne eines echten Bildungsföderalismus die demokratisch nicht legitimierte Kultusministerkonferenz (KMK) mit ihrem stark angewachsenen Behördenapparat auflösen und die Entscheidungskompetenz der Landtage als gewählter Volksvertretungen auch dadurch stärken, dass zukünftig wesentliche Fragen die Schulpolitik betreffend gesetzlich und nicht wie bisher häufig auf dem Verordnungsweg geregelt werden.